

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags. Sonntags und Montags nur abends. Der Abonnementspreis beträgt bei jeder Anstaltsnummer im Voraus für sechs Monate 10.00 M., im voraus zahlen, von der Spedition falls abwärts 8.00 M. für Deutschland, nach dem Ausland 10.00 M., für das übrige Ausland 11.00 M. einschließlich Postgebühren. Der Einzelheftpreis beträgt 20 Pfennig. Die Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 104/105. Fernsprecher: Amt Norden 833-26 und 9763.

Die abgesetzten Abonnementspreise über dem Raum folgt 2.- M., einschließlich Postgebühren. Kleine Anzeigen: Das erste Heft 2.- M., jedes weitere Heft 1.50 M., einschließlich Postgebühren. Langfristige Anzeigen laut Tarif. Anzeigen in den Anzeigenblätter 1.50 M., jedes weitere Heft 1.- M. Anzeigenblätter: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 104/105. Fernsprecher: Amt Norden 833-26, Buchhandlung Zentrum 2645. "Freiheit"-Verlag Berlin, Zentrum 2645.

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Kiew von der roten Armee zurückerobert.

Wüste Zerstörungen durch die Polen.

(Eigene Drahtmeldung der "Freiheit")

Kiew, 14. Juni.

Kiew ist von roten Truppen genommen worden. Die Polen haben beim Rückzug unerhörte Greuelthaten begangen. Sie sprengten und vernichteten alle Güter- und Personensubstanz, Kanalisation, die Wasserleitung, die elektrischen Stationen. Sie sprengten die Vladimir-Kathedrale mit den berühmten Bedachhoffresken. Durch diese Maßnahmen, die von keiner militärischen Notwendigkeit diktiert sind, wird die Stadt der Gefahr schwerer epidemischer Krankheiten ausgesetzt.

Ein sowjetischer Bericht für diese Verhältnisse, welche die Greuelthaten des Weltkrieges noch übertrifft, den französischen und englischen Kapitalisten zu, die die Wirtschaft beherrschen. Die Arbeiter Westeuropas haben ihre proletarische Pflicht, indem sie den Munitionstransport für Polen ablehnen, großartig erfüllt. Sie werden ihren bürgerlichen Regierungen ihre Taten vergehen.

Kiews Zurückerobertung ist strategisch und politisch von größter Bedeutung.

Die neue Offensive in Südrussland.

Imperham, 14. Juni.

Wie die "Times" aus Konstantinopel meldet, hat General Wrangel Verbände an der Südküste des Schwarzen Meeres fast ohne Widerstand genommen. Sein Ziel ist die Befreiung des Schwarzmeeresküstenlands südlich von der Linie Verbano-Charjow. Ohne diese müßte die Bevölkerung der Krim, die durch 600 000 Flüchtlinge auf 2 Millionen angewachsen ist, verhungern. In einer Proklamation verpflichtet General Wrangel den Bauern Land unter der Bedingung, daß es gehörig bebaut wird.

Eine spätere Meldung besagt, daß die Truppen Wrangels Melitopol genommen haben. Dabei fielen ihnen 5000 Gefangene und 27 Geschütze, sowie 5 Panzerzüge in die Hände. Wrangels Verlust belief sich auf 500 Mann.

Ben Turner über seine Eindrücke in Rußland.

"Daily Herald" veröffentlicht ein Interview eines seiner Mitarbeiter mit Ben Turner, der noch schwächlichem Kufenhalt in Rußland am vergangenen Mittwoch in London eingetroffen ist. Turner erklärte, daß der einseitige Vorbericht der Labour Party und den Gewerkschaften übergeben sei und wahrscheinlich Ende der Woche veröffentlicht werden würde. Er erklärte es für unzulässig, daß er dem Korrespondenten der "Morning Post" in Moskau gesagt hätte, in Rußland hätten die Arbeiter keine industrielle Freiheit. "Ich sagte nur, daß alle Arbeiter Mitglieder ihrer Gewerkschaften sind und daß Streiks nicht stattfinden können. Wie sie sagen, können sie nicht gegen sich selbst streiken. Das Bestreben geht dahin, die Produktion zu vergrößern, da der Bedarf nach 6 Jahren Krieg und Revolution sehr groß ist." Turner sagte weiter, daß die Lebensbedingungen in Rußland sehr hart wären, da die Bevölkerung zu wenig Nahrungsmittel hätte, aber bereit sei, für ihre Prinzipien zu leiden.

Ueber den Eindruck, den er von Lenin empfunden hat, sagt Turner folgendes: "Ich hatte ein Interview mit Lenin am zweiten Tage meines Aufenthalts, und das weitverbreitete Bild von ihm tut ihm unrecht, weil es ihn strenger macht, als er zu sein scheint. Er war sehr freundlich und sehr freimütig. Er vertritt seine Meinung nicht nur, sondern sie genau aus."

Ueber die allgemeinen Bedingungen sagte Turner, daß Rußland wenig rollendes Material habe. Bis Rußland Handelsbeziehungen mit anderen Ländern aufnehmen, wird es weiter leiden. Man habe diese Handelsbeziehungen jedoch vorbereitet und wolle diese durch Tausch durchführen. Rußland sei bereit, Flach, Honig, Platin und sogar Gold zu geben.

"In zehn Jahren wird Rußland ein großes und einflussreiches Land sein," fuhr Turner fort, "und wird die meisten seiner Bedürfnisse selbst befriedigen, vorausgesetzt, daß es Entwicklungsmöglichkeiten erhält. Betreffs des Sowjet-Regierungssystems habe ich in den allgemeinen Prinzipien einige Bedenken. Aber das Experiment hatte keine Gelegenheit zur geeigneten Entwicklung. Wie dem auch sei, Rußland ist bereit, sich sein eigenes Regierungssystem zu wählen."

"Der einzige Terror in Rußland," schloß er, "ist der Hunger. Und er ist in den großen Städten sehr lästlich. Es gibt keine Schreden und keinen Terror, ausgenommen von Hunger."

forum und andere Sozialdemokratischen fortgeschritten. Wenn sollen noch die Gesetze, betreffend die Vermögensabgabe und die damit zusammenhängenden Finanzfragen erledigt werden. Dergleichen soll der Verfassungsentwurf im Hause eingebracht und seine Beratung beendet werden. Die Beratungen über die Bildung der Regierung werden in der nächsten Sitzung des Hauptauschusses fortgesetzt werden.

Rußland in Albanien.

In Albanien ist ein erster Versuch der einseitigen Bevölkerung gegen die Italiener ausgebrochen. Einige bedeutende Städte, Antivari, Dulcigno, Santi Quaranta, Tepeleni und Dabçiali, sind bereits von den Italienern geräumt. Die Russen, die offenbar von griechischer und jugoslawischer Seite unterstützt werden, haben vor Selona.

Von Italien werden alle Anstrengungen gemacht, um der Aufstandsbewegung Herr zu werden. Fünf Schlachtschiffe und zahlreiche Torpedobote sind nach Albanien abgegangen. Die italienische Öffentlichkeit ist über die Aufstandsbewegung außerordentlich erregt, mehr als über die Kabinettliste. Die Sozialisten sind gegen die militärische Niederwerfung der Aufstandsbewegung und verlangen die vollständige Räumung Albanien.

Sozialistischer Protest gegen die Invasion Italiens in Albanien.

T. U. Zürich, 15. Juni.

Der "Avanti" veröffentlicht einen Protest der sozialistischen Parteileitung, der die sofortige Räumung Albanien fordert. In einer heute in Mailand stattfindenden Zusammenkunft mit den Vertretern der Eisenbahner und Seelenste ist die Verkörperung der Kruppen-transporte organisiert worden.

Die Krise.

Der Abgeordnete Trimborn hat im Laufe des gestrigen Tages mit den Parteien über die Regierungsbildung verhandelt. Die Rechtssozialisten lehnten zunächst die Erweiterung der Koalition nach rechts und ebenso die Weiterbeteiligung an der alten Koalition ab. Herr Trimborn besprach dann noch die Möglichkeit eines Blocks der Mitte, der aus Demokraten, Zentrum und Volkspartei bestehen würde. Diese verfügten zwar nicht zahlenmäßig über die Mehrheit, konnte sich aber bei mohlwollender Neutralität der Rechtssozialisten und der Deutschen Volkspartei halten. Die Rechtssozialisten könnten eventuell einen Sachminister als "Sicherheitswache" im Kabinett zurücklassen. Als Reichsminister käme Herr Lehmann in Betracht. Die Rechtssozialisten beklagten sich eine endgültige Antwort vor. Im ähnlichen Sinne hatte Herr Trimborn auch mit den anderen Parteien verhandelt.

Damit sind die Versuche zur Regierungsbildung in ein ernsteres Stadium getreten. Denn sowohl die Aufgabe Müllers wie die eines von vornherein zum Scheitern verurteilten. Hätte Herr Ebert sofort Herrn Trimborn mit der Regierungsbildung beauftragt, wäre überflüssiger Zeitverlust erspart geblieben. So wurde ganz unnötig die politische Nervosität gesteigert, und den rechtsstehenden Kreisen wurde damit erwünschte Gelegenheit gegeben, gegen das parlamentarische System vom realistischen Standpunkt aus Stimmung zu machen und für das sonderbare Gebilde eines unpolitischen Kabinetts einzutreten.

Über die Betrauung Müllers und Geisinger hatte Herr Trimborn bestimmte Einn. Sie entsprang dem Wunsch der Rechtssozialisten, die Verantwortung von sich auf andere Parteien abzuwälzen. Es ist eine Unehrlichkeit, wenn die Rechtssozialisten erklären, daß unsere Ablehnung, an der Regierungsbildung im Verein mit bürgerlichen Parteien teilzunehmen, die Situation geschaffen habe, in der nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei. Denn sie wissen eben so gut wie wir, daß weder Demokraten noch Zentrum mit der Unabhängigen Sozialdemokratie eine Regierung gebildet hätten. Sie wissen auch, daß dank der Koalitionspolitik eine solche Regierung jeder realen Machtmittel entbehrt hätte. Einer Durchführung irgend welcher sozialistischer Maßnahmen hätten die bürgerlichen Minister unüberwindlichen Widerstand entgegengesetzt. Diese Regierung hätte nur um denselben Preis regieren dürfen, wie ihr Vorgängerin, nämlich durch den Verzicht auf jede wirklich sozialistische Politik. Ihr Resultat wäre nur gewesen eine weitere Kompromittierung des Sozialismus und eine Stärkung des Rechtsbewußtseins des Bürgertums infolge der Preisgabe grundsätzlicher sozialistischer Politik durch die Trägerin dieser Politik.

Dafür lehnen wir allerdings die Verantwortung ab. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat bei Ausbruch und während des Krieges unerklärlich an Laubbild und Prinzip dem internationalen Sozialismus festgehalten, trotzdem wir damals noch eine kleine und schwache Partei waren und die Massenstimme gegen uns gerichtet war. Wir haben es getan, weil wir uns bewußt sind, die Vertreter der dauernden und bleibenden Masseninteressen des Proletariats zu sein, auch wenn die Massen selbst sich in bestimmten Situationen über ihre Interessen täuschen. Wir haben nach dem Zusammenbruch, nachdem die Politik, die wir während des Krieges verfolgt haben, ihre Rechtfertigung erfahren hatte, wieder die Interessen des Sozialismus gegen die Rechtssozialisten vertreten. Auch damals war unsere Partei noch zu schwach; die Koalitionspolitik der Rechtssozialisten sollte sich gegen uns durch und wir schieden aus der Regierung aus. Nun ist diese Koalitionspolitik zusammengebrochen, weil ein großer Teil der Arbeiterklasse erkannt hat, daß sich sozialistische Politik nicht im Verein mit den bürgerlichen Parteien treiben läßt. Die Massen haben gleichmäßig gezeigt, daß auch im Bürgerkum die Neigung geschwunden ist, auch nur im bescheidensten Maße ernsthafte Konzeptionen der Arbeiterklasse zuzugestehen.

Das drückt sich nicht nur in dem Erstarken der nationalen Parteien aus. Auch die Stimmung der Demokraten und des Zentrums hat sich gewandelt. Noch dem Zusammenbruch war das Bürgertum eingeschüchert. Es rechnete damit, daß die Arbeiterklasse den entscheidenden Einfluß in der Regierung behaupten werde. Seine Mitregierung sollte ihm wenigstens einen Teil seines Einflusses retten. Daher seine Bereitwilligkeit zur Koalition, deshalb stimmte es bei den Nationalratswahlen für die Mittelparteien und deshalb ließ es nach dem Scheitern, die in ihm vertretene demokratische Richtung klarer hervorreten. Nicht zuletzt infolge der Politik der Rechtssozialisten hat sich der Charakter dieser Partei gewandelt. Im Zentrum hat der rechte Flügel wieder die Oberhand und die Demokraten betonen geschildert, wie weit entfernt sie davon sind, den Sozialisten irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Ein

Staatskanzler Renner über die österreichische Regierungslife.

Wien, 14. Juni.

Staatskanzler Renner sprach heute in einer maßgebend besetzten sozialistischen Versammlung über die Krise, wobei er die Haltung der Sozialdemokraten darlegte, die keine Schuld an der Krise triffe. Gegenüber der christlich-sozialen Darstellung, als ob die Christlichsozialen durch das Verhalten des Staatskanzlers Deutsch zum Austritt aus der Koalition gezwungen wurden, legte der Staatskanzler dar, daß Deutsch alle Dienstvorschriften dem Kabinett vorgelegt habe, und daß sie in Ordnung waren.

Die Soldatenräte als Vertrauensmänner müßten gewählt werden. Die Vermögensabgabe müsse noch jetzt gemacht werden, auch die Verfassung könne leicht beraten werden, da der Entwurf fertig sei. Sollte die Verfassung nicht vor den Wahlen zustande kommen, werde die Wählerkraft überdies befragt werden, ebenso über die Frage der Rache und Schule und der freien Gemeinden. Der Staatskanzler erklärte schließlich, die österreichische Arbeiterklasse werde die Diktatur der Bourgeoisie nicht dulden. Die österreichische Arbeiterklasse werde ihr Recht in der Republik und den ihr gebührenden Anteil an der Macht festhalten. Die Sozialdemokratie werde das Mitbestimmungsrecht in diesem Staat unentwegt geltend machen. (Beifall.) Staatskanzler Renner wurde von der ungeheuren Menschenmenge Ovationen dargebracht.

Russland bevorstehend?

Wien, 14. Juni.

In der heutigen Sitzung des Hauptauschusses ergab sich aus den Erörterungen aller Redner die übereinstimmende Meinung, daß unter den obwaltenden Verhältnissen die Fortdauer der gegenwärtigen Nationalversammlung nicht mehr möglich sei. Demgemäß wurde einstimmig beschlossen, die nötigen Gesetzentwürfe, betreffend Auflösung der konstituierenden Nationalversammlung und die Durchführung der Neuwahlen, unverzüglich auszuarbeiten zu lassen; vor Abschluß der Tagung des Parlaments seien das Budgetpro-

Zusammenarbeiten mit diesen Parteien steht also einem noch größeren Verzicht voraus, als ihn die Rechtssozialisten in der alten Koalition gebracht haben, und ist deshalb für eine wirkliche sozialistische Partei völlig ausgeschlossen.

Es ist auch eine Illusion, die die Rechtssozialisten jetzt absichtlich erwecken wollen, als ob eine solche Koalitionsregierung wirklich einen wesentlichen Schutz für die Republik und die Arbeiterrechte bedeuten würde. Sind die Lehren des Rapp-Buches wirklich schon vergessen oder glauben die Rechtssozialisten, daß eine Wiederholung auf viel breiterer Basis ihnen erspart bliebe? Die ganze Geschichte der bisherigen Koalitionspolitik zeigt ja nur das Eine, daß diese Regierung außerstande war, für den Schutz gegen die Reaktion zu sorgen. Nicht die Nahrung der Arbeiterparteien, die durch die Verbindung mit den bürgerlichen eintritt, sondern nur die gesammelte Kraft der Arbeiterklasse, ihre Entschlossenheit zur Abwehr jedes reaktionären Angriffs bietet eine wirkliche Garantie für die Aufrechterhaltung der politischen und wirtschaftlichen Arbeiterrechte. Solange eine rein sozialistische Regierung nicht möglich ist, kann die Arbeiterklasse nur in der Opposition ihre Interessen wahren.

Es ist ein Zeichen, wie stark die Stellung der Arbeiterklasse in der Opposition ist, daß alle bürgerlichen Parteien Teile der Arbeiterklasse an der Regierung beteiligen möchten, um so den einen Teil gegen den andern anzuspüren zu können. Der neueste Versuch, den namentlich die Deutsche Volkspartei betreibt, besteht in dem Ruf nach Bildung eines wirtschaftlichen Kabinetts. Was unter der politischen Firma steht, soll unter der wirtschaftlichen verpackt werden, die Bildung eines Koalitionskabinetts. Der schöne Gedanke der Arbeitsgemeinschaft soll regierungsfähig gemacht werden. Arbeiter und Kapitalisten, die als politische Parteien nicht zusammenkommen können, sollen als Gewerkschaftler und „Führer des Wirtschaftslebens“ vereinigt werden.

Der Gedanke beruht auf der naiven Einbildung, daß politische Parteien etwas Zusätzliches sind und ohne weiteres ersetzt werden könnten durch wirtschaftliche Interessengruppen. Man übersieht nur die Kleinigkeit, daß politische Parteien wesentlich entstanden sind als Ausdruck bestimmter wirtschaftlicher Interessen, die durchzusetzen den wesentlichen Inhalt ihrer Politik bildet. Der Gegensatz zwischen uns und den bürgerlichen Parteien ist ja vor allem ein wirtschaftlicher, und soweit Unterschiede zwischen den bürgerlichen Parteien vorhanden sind, beruhen sie auf der Verschiedenheit ihrer wirtschaftlichen Zusammenfassung. Es ist Täuschung, zu meinen, daß wirtschaftliche Rezepte Einzelner den Wirtschaftsprogrammen der Parteien irgendwie überlegen sind. In Wirklichkeit würde sich bei der Ausführung sehr bald herausstellen, daß die ebenso profitorientierten, bürgerlichen oder agrarischen Interessen dienen, wie die Wirtschaftsprogramme der Parteien selbst.

Die ganze Idee des „wirtschaftlichen Ministeriums“ ist daher von vornherein eine totegeborene. Die Krise löst sich nicht lösen, indem man eine neue Etikette erfindet, sondern nur, indem man den sozialen Machtverhältnissen den entsprechenden politischen Ausdruck gibt. Bei dem jetzigen Stand der deutschen Entwicklung kann aber die Arbeiterklasse allein noch nicht die Macht ergreifen. Die Frage ist also nur die, ob ein Teil der Arbeiterklasse sich noch durch Eintritt in die bürgerliche Koalitionsregierung zur Verhüllung dieses Tatbestandes herbeiläßt, oder ob dem Bürgertum allein die Verantwortung überlassen bleibt. Die Unabhängige Sozialdemokratie ihrerseits hat die Aufgabe dafür zu sorgen, daß die klaren Richtlinien grundsätzlicher sozialistischer Politik innegehalten werden, bis das Proletariat stark genug ist, sie zu verwirklichen.

Trimborns Mission gescheitert?

Nach der Mitteilung eines Mittagsblatts ist auch der Versuch des Zentrumsführers Trimborn, einen Bund der Mitte zu bilden, bestehend aus Demokraten, Zentrum und Deutscher Volkspartei gescheitert. Da der Versuch der Bildung eines reinen Rechtskabinetts durch Herrn Trimborn gleichfalls als ausgeschlossen gelte, werde er sein Mandat in die Hände des Reichspräsidenten zurücklegen, der nach seinen bisherigen Absichten nunmehr den Demokraten Schiffer beauftragen werde, die Kabinettsbildung zu versuchen.

Weitere amtliche Wahlergebnisse.

Noch ein unabhängiges Mandat in Sachsen.

Dresden, 14. Juni.

Das amtliche Ergebnis im 81. (Dresdener) Wahlkreis ergibt eine wesentliche Verschiebung der Zahlen nach oben. Es tritt infolge einer Veränderung ein, als die Unabhängigen im Chemnitzer (88.) Wahlkreis einen Sitz mehr erhalten, so daß sich ihre Gesamtzahl für Sachsen von 9 auf 10 erhöht. Die bisher gemeldeten Namen in den sächsischen drei Kreisen erfahren eine Veränderung infolge, als an Stelle des auf der Chemnitzer Liste der sozialdemokratischen Partei an neunter Stelle stehende Hellisch der an vierter Stelle auf der Dresdener Liste genannte Hermann Krüger-Berlin tritt, sowie daß auf den Unabhängigen nach der auf der Chemnitzer Liste an dritter Stelle angeführte Redakteur Buchta (Plauen) neu hinzugesamt. Die Gesamtzahl der für den Reichstag gewählten sächsischen Abgeordneten erhöht sich demnach von 85 auf 96.

Alta, 14. Juni.

Bei der amtlichen Zusammenrechnung der Reichswahlstimmen in den Wahlkreisen Altm.-Rachen und Koblenz-Erier ergaben sich für die Deutschnationale Volkspartei 8831 Stimmen; sie bleibt ohne Mandat, weil ihr 110 Stimmen an 60 000 fehlen; dagegen hat das Zentrum mit 7922 Stimmen im Kreiswahlbezirk Weim.-Süd noch ein weiteres Mandat, und zwar von der Kandidatenliste Schöler-Erier, erhalten. Die Reichswahlstimmen aller übrigen Parteien, die sämtlich unter 60 000 blieben, sind auf die Reichswahlkreise übertragen worden.

Dulldorf, 14. Juni.

Am 14. Juni Wahlresultat. Im 20. Wahlkreis (Dulldorf, West). Christliche Volkspartei 833 4 Stimmen (kein Sitz), Demokraten 86 000 (kein Sitz), Deutschnationale 48 702 (kein Sitz), Deutsche Volkspartei 86 982 (1 Sitz), Kommunisten 86 808 (kein Sitz), Polen 10 715 (kein Sitz), Reichsozialisten 86 710 (1 Sitz). Infolgedessen Verbindung mit dem 20. Wahl-

kreis Unabhängige 86 815 Stimmen (1 Sitz), Zentrum 801 227 (5 Sitze).

Ludwigshafen, 14. Juni.

Nach dem endgültig festgestellten amtlichen Reichstagswahlergebnis wurden im Wahlkreis 80 (Pfalz) abgegeben: Für die U. S. P. D. 39 623 Stimmen (kein Sitz), S. P. D. 88 197 (1 Sitz), Bayer. Volkspartei (Zentrum) 88 600 (1 Sitz), Deutsche Volkspartei 104 167 (1 Sitz), Deutschdemokratische Partei 81 681 (kein Sitz), R. P. D. 2780 (kein Sitz). An Reichstimmen entfallen aus dem Wahlkreis 20 auf die U. S. P.

Mütter, Frauen!

Erneut werdet Ihr an die Wahlurne gerufen.

Am Sonntag, den 20. Juni

sollt Ihr in Groß-Berlin die neue Stadtverordnetenversammlung wählen, die während vier lange Jahre über alle Eure Wünsche und Beschwerden entschieden, von deren Arbeit in erheblichem Umfange Euer Glück und Euer Wohlbefinden abhängen wird.

Schweres lastet auf Euch! Die Leiden und Entbehrungen während des Krieges haben Eure Kraft geschwächt, Eure Gesundheit zerrüttet, Eure Kinder in den Zustand der Unterernährung gebracht, das schwere Gefahren für ihre körperliche und geistige Entwicklung mit sich bringt. Sterblichkeit und Krankheit nehmen unter der Arbeiterjugend immer größeren Umfang an, zumal da durch

Arbeitslosigkeit und Sinken der Löhne

die Ernährung der Arbeiterfamilien sich noch weiter verschlechtert.

Mütter und Frauen! In Eurem Interesse liegt es deshalb, wenn eine sozialistische Mehrheit in der Einheitsgemeinde die Erfüllung Eurer Wünsche in Angriff nimmt.

Von den bürgerlichen Vertretern habt Ihr nichts zu erwarten.

Sie sind Vertreter der Interessen der Besitzenden und haben nur immer für die Aufrechterhaltung ihrer Vorrechte gekämpft. Sie wollten auch ferner die kommunale Herabsetzung, die Teilung, Groß-Berlin in reiche und arme Gemeinden aufrechterhalten, die ihnen geringere Steuerlasten auferlegte als den ärmeren Schichten. Sie suchten den Schutz für die Mütter, die Kinder, die Säuglinge, die Armen, Kranken und Schwachen und die Unterstützung der Erwerbslosen auf das denkbar niedrigste Maß herabzuschrauben. Ihre Vertreter haben z. B., lediglich um der Erparnis von lumpigen 100 000 M. wegen, in der reichen Gemeinde Charlottenburg die Gewährung billiger Milch auch an die Kinder von zwei bis 6 Jahren abgelehnt, ebenso das Verlangen der hungernden Erwerbslosen nach einer kleinen Weihnachtunterstützung.

Gebt deshalb alle Eure Stimmen der U. S. P.

Ihre Vertreter haben stets für das Wohl der Arbeiterfamilien gekämpft, ihrer tätigen Arbeit in den Gemeinden verdanken die Frauen und Mütter des merktätigen Volkes manchen Fortschritt. Sie werden auch für die Folge in diesem Sinne wirken. Sie werden insbesondere eintreten für:

- Verbesserung der Lebensmittelversorgung durch die Gemeinden, für die Abgabe von guten, billigen Lebensmitteln und auch anderen Bedarfsgegenständen,
- Einrichtung von städtischen Entbindungsanstalten und Wöchnerinnenheimen,
- Schaffung und Ausbau von Krippen, Kindergärten und Kinderhorten, verbunden mit ärztlichen Beratungsstellen für die Mütter.

Keine Stimme darf deshalb am Sonntag verloren gehen.

Alle Mütter und Frauen, denen das Wohl ihrer Kinder und ihr eigenes Wohl am Herzen liegt, die mitarbeiten wollen an der körperlichen Befundung unserer Nachwuchs, die den sozialen Fortschritt der Arbeiterklasse befördern will, müssen am 20. Juni eintreten für die

Liste der Unabhängigen Sozialdemokratie.

55 088, S. P. D. 4008, Bayer. Volkspartei 10 720, Deutsche Volkspartei 89 740, Deutschdemokr. Partei 11 900, R. P. D. 10 468. Demnach erhält noch die Deutsche Volkspartei einen weiteren Sitz, so daß im 80. Wahlkreis gewählt sind: 1 Sozialdemokrat (der frühere bayer. Ministerpräsident Hoffmann), 1 Kandidat der Bayer. Volkspartei und 2 der Deutschen Volkspartei.

Die Abgeordneten aus den Abstimmungsgebieten.

Berlin, 15. Juni.

Der Oberste Rat in Paris hat die Absicht, die Mandate der aus den Abstimmungsgebieten in den neuen deutschen Reichstag übernommenen Abgeordneten für ungültig zu erklären, aufgegeben.

Die Partei der „geruhigsten“ Elemente.

Im roten „Tag“ schreibt über rechtssozialistische Professor Paul Lensch in einem Beitrag:

„Zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen scheint die Trennung sich herab zu vollziehen, daß die ersteren immer mehr die Partei der sogenannten „kleinen Leute“, der Unterbeamten und Heimarbeiter, wird, der etwa „geruhigsten“ Elemente, in deren provinzielle und ländliche Abgelegenheit die Wogen des Klassenkampfes schon etwas schwächer hinübergeschlagen, auch der älteren Arbeitergeneration, die durch die Organisation an der Partei festgehalten ist und nicht mehr „umieren“ will. Die Unabhängigen dagegen werden mehr und mehr die Herren der eigentlich großindustriellen Bezirke. Sie sind im Westen vorgezogen und herrschen vor allem Berlin, wo ihnen allerdings die Diktatur

des „Cornfels“, dessen Ungültigkeit in den weitesten Kreisen der alten Partei selber lebhaft beklagt wird, wertvolle Instrumente diente geleistet hat. Er in erster Linie ist dafür verantwortlich zu machen, wenn die Partei ohne politische Richtlinien blieb und, in der herabkommenden Delegation, sie ohne den Anstoß verpassen, anglich hinter jeder Volksstimmung herließ. So sah sie denn in den Wahlkampf unter dem todesmutigen Schlagschiff: Der Feind steht rechts! Aber es half alles nichts. Die Prägeln kamen von links. Jetzt ist gar nicht ausgeschlossen, daß bei der so durch und durch opportunistischen Politik, die die Partei treibt, sie mit verstärkter Inbrunst nach jener Seite drängt, von wannen die Prägeln kamen, da sie die Radikalisierung der Arbeiterpsychologie nunmehr am eigenen Leibe erkannt hat.

Herr Lensch ist zwar gerade kein politischer Charakter und seine Wandlung von der ultraradikalen Seite bis zum Übernationalisten macht ihm so leicht keiner nach; da er aber während des Krieges zu den Vorführern der rechtssozialistischen Partei gehört hat und auch heute noch deren Mitglied ist, so wird man ihm wohl die Sachkenntnis über das Wesen seiner Partei nicht abstreifen können.

Für den Bürgerblock bei den Gemeindevahlen.

Das Gesetz über die Einheitsgemeinde Groß-Berlin ist besonders von den Verwaltungsbürokraten der westlichen Vorortgemeinden heftig bekämpft worden. Aus Furcht, ihre selbständigen Stellungen eingebüßt und damit ihren Einfluß auf das Bürgertum, suchten sie dauernd der Verwirklichung der Einheitsgemeinde Schwierigkeiten in den Weg zu stellen. Nur mit teilweisem Erfolg, denn das Gesetz kam so schließlich, wenn auch wesentlich verschlechtert, doch zustande. Gegenwärtig sucht aber die Deutsche Volkspartei ihre Gegnerschaft zur Einheitsgemeinde zu vertuschen und ihr Charlottenburger Spitzenkandidat, der vorige Oberbürgermeister Dr. Scholz, folgt ihr in dieser Absicht. In einer Versammlung am Sonntag erklärte er lediglich, daß die Deutsche Volkspartei an dem Gesetz Groß-Berlin „keine besondere Freude“ empfinde und suchte dann die Deutsche Volkspartei als den Herrn der bürgerlichen Fraktionen hinzustellen, die sich um sie scheren müßten, um dem Einfluß der Massen zu begegnen. Die Sehnsucht dieser Herren ist also die Verwirklichung einer Einheitsfront des gesamten Bürgertums zur Rettung seiner bedrohten Vorrechte.

Aber ihre schönen Worte werden auf die Wähler wenig Eindruck machen. Diese wissen, daß Verwaltungsbürokratie und reaktionäre Parteien einzig sind in dem Bestreben, die bedrohten Vorrechte der oberen Beamten und des Bürgertums zu retten und werden deshalb bei der Wahl am 20. Juni überall für die Wahl der unabhängigen Kandidaten eintreten.

Streik der städtischen Arbeiter in Düsseldorf.

In Düsseldorf sind am 12. Juni die städtischen Arbeiter wegen Lohnforderungen in den Streik getreten. Vor allem sind die Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke an der Bewegung beteiligt. Die Stadt ist infolgedessen ohne Kraft und Licht. Der Straßenbahnbetrieb ruht, die Schulen sind nicht erschienen. Es wird behauptet, daß die Bewilligung der Lohnforderungen den städtischen Etat mit 12 Millionen Mark belasten würde. Demnach wird in den Verhandlungen in der üblichen Weise mit der Technischen Kommission gedroht, die von der Stadtverwaltung herangezogen werden soll.

Also die übliche Art. Die Arbeiter stehen im Lohnkampf, weil die Lebensmittelpreise sie dazu zwingen, und die Presse verbreitet allerlei Mären. Die Düsseldorfster Arbeiterschaft wird ihren kämpfenden Genossen zur Seite stehen.

Eröffnung der Danziger verfassunggebenden Versammlung. Am Montag wurde die verfassunggebende Versammlung der zukünftigen freien Stadt Danzig, der 10 Abgeordnete angehören, eröffnet. Hierzu waren erschienen der Oberkommissar des Völkerbundes Sir Reginald Tower, der Staatsrat unter Führung von Oberstaatsminister Sahm, der Generalkommissar der Republik Polen Dr. von Bieziedek, der deutsche Reichs- und preussische Staatskommissar, Regierungspräsident Förster, der Gouverneur der altelbischen Provinz Danzig, General Sawinski, sowie die ausländischen Konsuln. Sir Reginald Tower hielt eine längere Ansprache, in der er auf die hohe Verantwortung der freien Stadt Danzig hinwies und die Aufrechterhaltung dieser Tradition als die Aufgabe der Versammlung bezeichnete. Hierauf erfolgte die Konstituierung des Hauses, zu dessen Präsidenten der deutschsprachige Abg. Generalinspektor Leinhard gewählt wurde.

Der Herzogstreik. Der Hauptverband deutscher Crisiskranken sassen teil mit: Der Schiedsspruch im Herzogstreik ist von den Krankenkassenverbänden mit der Verbindung angenommen worden, daß Mindest- und Höchstätze für die Krankheitsbeiträge des Krankenhalters festgelegt werden. Einzelne Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium stehen bevor. Bis zur endgültigen Einigung bleibt der vertragslose Zustand bestehen.

Abschluß des neuen Bergarbeitervertrags. Der am 21. Mai für das Ruhrgebiet vereinbarte Tarifvertrag ist heute zwischen den Vertretern der Arbeitnehmerverbände und den Vertretern des Bergwerkes endgültig abgeschlossen worden. Die Bergarbeiter erhalten eine Lohnsteigerung von sechs Mark, von der 1,50 M. von der Preise in bar gezahlt und 4,50 M. vom Reich übernommen werden. Die Angehörigen erhalten den Reichszuschlag in gleicher Weise wie die Arbeiter, außerdem bekommen sie eine der Lohnsteigerung entsprechende Gehaltsaufbesserung. Durch diese Regelung wird eine Erhöhung der Kohlenpreise vermieden.

Der Völkerbund trat am Montag im St. James-Palast in London zusammen. Eric Drummond, General, General, waren zugegen. Spanien, Belgien, Japan, Italien und Griechenland waren durch ihre diplomatischen Missionen vertreten. Rußland, Frankreich und Kanien-Norwegen wohnten der Sitzung in beratender Eigenschaft bei.

Der Streik um die Klambinseln. Die schwedische Regierung hat an die fünf Großmächte eine Note geschickt, in welcher sie einen Meinungsaustrausch über die Frage der Klambinseln verlangt.

Die Neuordnung in Kaschina. Herbert Samuel hat eine Erklärung über die Maßnahmen abgegeben, die er bei Übernahme des Amtes eines Kommissars für Kaschina zu befolgen gedenkt. Danach soll an Stelle der Militärverwaltung eine Zivilverwaltung treten, wobei die höheren Posten von tüchtigen und erfahrenen englischen Beamten besetzt werden, während die unteren Posten für Angehörige der britischen Bevölkerung ohne Rücksicht auf das Glaubensbekenntnis offen stehen.

Zuständigkeitsbereich—Genoa. Die Eröffnung des Flugdienstes zwischen Frankreich und Italien wird morgen früh in Bordeaux stattfinden. Die Route geht von Bordeaux über Toulouse nach Genoa.

Aus den Organisationen.

2. Distrikt. Mittwoch 7 1/2 Uhr Bezirksführerschaft bei Wiemera, Blümlerstr. 28. — Donnerstag 7 Uhr. — Donnerstag 7 Uhr. — Donnerstag 7 Uhr. — Donnerstag 7 Uhr. — Donnerstag 7 Uhr.

1. Abteilung. Mittwoch 7 1/2 Uhr Bezirksführerschaft bei Wiemera, Blümlerstr. 28. — Donnerstag 7 Uhr. — Donnerstag 7 Uhr. — Donnerstag 7 Uhr. — Donnerstag 7 Uhr.

1. Abteilung. Mittwoch 7 1/2 Uhr Bezirksführerschaft bei Wiemera, Blümlerstr. 28. — Donnerstag 7 Uhr. — Donnerstag 7 Uhr. — Donnerstag 7 Uhr. — Donnerstag 7 Uhr.

Öffentliche Bekanntmachung.

Die Wahlkreise des Reichstagswahlkreises 2 (Berlin) und zugleich der Verbandswahlkreise für den Reichstagswahlkreisverband II (Brandenburg) werden hiermit bekanntgemacht.

Table with 4 columns: Nr., Organisation, Mitglieder, and Wahlmänner. It lists various political groups and their members across different districts.

Summary table for the Reichstagswahlkreis 2 (Berlin) and Verbandswahlkreis II (Brandenburg), showing total votes and member counts.

Stimmen im Reichstagswahlkreis 2 (Berlin) und zugleich der Verbandswahlkreise für den Reichstagswahlkreisverband II (Brandenburg). Includes text about the election process and results.

Der Wahlleiter für den Reichstagswahlkreis 2 (Berlin) und zugleich der Verbandswahlkreise für den Reichstagswahlkreisverband II (Brandenburg) C. Gehning, St. Karl.

Advertisement for 'Firma Selschow' and other services, including 'Die Neuköllner Metall-Fabrikations-Zentrale' and 'Kaufgesuche'.

Bäckereigenossenschaft Charlottenburg und Umgegend

Financial statement table for the bakery cooperative, showing Aktiva and Passiva with various account balances.

Im Laufe des Geschäftsjahres 1919 ist kein Gewinne erzielt worden. Am 31. Dezember 1919 betrug die Mitgliederzahl 16. Das Mitgliederkapital hat sich nicht vermehrt und nicht vermindert und beträgt am 31. 12. 1919 Mark 460.—.

Der Aufsichtsrat: Karl Schiemann. Der Vorstand: W. Liebig.

Prozesse, Alexanderstr. 43.

Advertisement for 'DER MORD' by Karl Liebknecht and Rosa Luxemburg, featuring portraits of the assassinated leaders.

Zu beziehen von der Buchhdlg. 'Freiheit', Breite Str. 8-9.

Advertisement for 'Metalle' and 'Spiralbohrer' (drill bits) with contact information.

Advertisement for 'KLEINE ANZEIGEN' (small ads) with details on rates and submission instructions.

Advertisement for 'Unterricht' (teaching) and 'Möbel' (furniture) services.

Advertisement for 'Verkaufe' (sales) of various household items and furniture.

Advertisement for 'Kaufgesuche' (wanted items) including silverware and jewelry.

Advertisement for 'Werkzeuge und Maschinen' (tools and machinery).

Advertisement for 'Arbeitsmarkt' (labor market) and 'Deutscher Metallarbeiter-Verband'.

Advertisement for 'Fahrräder' (bicycles) and 'Anserate' (advertisements).

Advertisement for 'Anserate' (advertisements) and 'Fahrräder'.

Advertisement for 'Fahrräder' (bicycles) and 'Anserate'.

Advertisement for 'Fahrräder' (bicycles) and 'Anserate'.

Advertisement for 'Fahrräder' (bicycles) and 'Anserate'.

Advertisement for 'Fahrräder' (bicycles) and 'Anserate'.

Advertisement for 'Fahrräder' (bicycles) and 'Anserate'.